Rats-Protokoll

über die

ordentliche Sitzung des Gemeinderates der k. k. l. f. Stadt Steyr

am Mittwoch den 2. Oktober 1918 um 3 Uhr nachmittags.

Tages-Ordnung:

Mitteilungen.

I. Sektion. (Sektions-Sitzung am Samstag den 28. September um 11 Uhr vormittags.)

1. (Vertraulich.) Personalansuchen.
2. (Vertraulich.) Ansuchen um Aufnahme in den Gemeindeverband.
3. Aenderung der Benennung des neueinverleibten Gebietes.
4. Bestellung des Leiters für das h. o. öffentliche Krankenhaus.
5. Beschlußfassung auf Widmung einer Teilfläche der Parzelle der K.-E. Zl. 114 in Steyr im Ausmaße von 4 m² als öffentliches Gut zum Zwecke der Erweiterung der Damberggasse.

II. Sektion. (Sektions-Sitzung am Samstag den 28. September um ½4 Uhr nachmittags.)

6. Stadtkassetagebuchabschluß pro August 1918.
7. Zuschrift des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs betreffend Beteiligung an der Gründung einer Hochseefischerei-A.-G.
8. Zuschrift der o.-ö. Landeshypothekenanstalt betreffend Aufnahme eines Darlehens für die IX. Kriegsanleihezeichnung.
9. Beschlußfassung wegen Beteiligung an der Gründung der österreichischen Bodenbank.
10. Einladung der Kriegsinvaliden-Erwerbs-Genossenschaft in Salzburg zur Zeichnung weiterer Geschäftsanteile.
11. Unterstützungsansuchen.

III. Sektion. (Sektions-Sitzung am Montag den 30. September um 3 Uhr nachmittags.)

12. Antrag auf Erbauung eines Primarius-Wohnhauses.
13. Ansuchen der Hausbesitzer in der Berggasse um Neupflasterung dieser Gasse.
14. Kostenvoranschlag für elektrische Deckenbeleuchtung im Rathaussaal und Turmuhrbeleuchtung.
15. Ansuchen der Brunnengemeinde Wieserfeld um Erhöhung des Kostenbeitrages zur Herstellung einer neuen Reservoir-Eindeckung beim Auslaufbrunnen ebenda.
16. Ansuchen um Grundverpachtung.
17. Ansuchen um käufliche Ueberlassung des städtischen Hauses am Grünmarkt Nr. 24.

IV. Sektion. (Sektions-Sitzung am Freitag den 27. September um 4 Uhr nachmittags.)

18. Ansuchen um Ueberlassung des Bürgerschulzeichensaales zur Abhaltung eines Vortrages.
19. Ernennung eines Armenrates und Armenvaters für den VII. Bezirk, bezw. für das XVI. Armenviertel.
20. Ansuchen um Ueberlassung eines Lehrzimmers zur Erteilung von Privatunterricht.
21. Verleihung einer Franz und Katharina Amtmann'schen Dienstbotenprämie.
22. Verleihung der Jahresinteressen aus der Therese Vogl-Stiftung.
23. Verleihung der Rosenauer-Pfründen.

Gegenwärtige:

Vorsitzender: Herr Bürgermeister Julius Gschaider.

Vorsitzender-Stellvertreter: Herr Vizebürgermeister Ferd. Gründler.

Die Herren Gemeinderäte: Franz Aigner, Heinrich Bachmayr, Wilhelm Denkmayr, Mag. ph. Otto Dunkl, Josef Haidenthaller, Leopold Haller, Dr. Karl Harant, Ing. Josef Huber, Franz Kattner, Franz Kirchberger, August Mitter, Viktor Ortler, Franz Schwertfelner, Franz Tribrunner, Karl Wöhrer und Josef Wokral.

Seitens des Stadtamtes: Herr Stadtamtsrat Dr. Fr. Habl.

Als Schriftführer der städt. Protokollführer Karl Ridler.

Entschuldigt abwesend: Herr G.-R. Gottlieb Dantlgraber wegen beruflicher Verhinderung, Herr G.-R. k. k. Prof. Leopold Erb in Ausübung seines Reichsratsmandates und Herr G.-R. Ludwig Binderberger wegen Krankheit.

Zur Kriegsdienstleistung eingerückt sind: Herr Vizebürgermeister Paul Fendt und die Herren Gemeinderäte Anton Kurz, Josef Langoth und Anton Sighart.

Der Herr Vorsitzende begrüßt die erschienenen Herren Gemeinderäte, stellt die Beschlußfähigkeit des Gemeinderates fest und erklärt die Sitzung um 3 Uhr 5 Min. für eröffnet.

Zu Beglaubigern dieses Protokolles werden die Herren Vizebürgermeister Ferdinand Gründler und G.-R. Leopold Haller gewählt.

Herr Bürgermeister: Seitens der städtischen Beamtenschaft ist folgendes Schreiben eingelangt:

An den verehrlichen Gemeinderat der l. f. Stadt Steyr!

Die städtische Beamtenschaft erlaubt sich für die mit Beschluß vom 28. August 1918 erteilte Bewilligung der Ausbezahlung des Differenzbetrages zwischen der III. und I. Aktivitätszulagenklasse und für die ihr damit in so schwerer Zeit zuteil gewordene Unterstützung den herzlichsten Dank mit der Versicherung auszusprechen, daß die städtische Beamtenschaft stets bestrebt sein wird, auch ihrerseits mit allen Kräften an der Erreichung der der Stadtgemeinde obliegenden Aufgaben und der von ihr angestrebten Ziele mitzuwirken.

Steyr, am 7. September 1918.

(Folgen sämtliche Unterschriften der Beamtenschaft.)

Der Herr Vorsitzende beauftragt sohin den Schriftführer, den weiteren Einlauf zur Verlesung zu bringen.

Eingelangt sind:

a) Das Dankschreiben der städtischen Reservewache für die ihr zuteil gewordene Erhöhung des Stundenlohnes;

b) das Dankschreiben der Frauen- und Männerortsgruppe des Deutschen Schulvereines Steyr für die Widmung des Betrages per 500 *K* für die Rosegger-Gedächtnissammlung;

c) das Dankschreiben des Vereines der Oberösterreicher in Wien für den Mitgliedsbeitrag per 20 *K* pro 1918;

d) das Dankschreiben der Bezirkskrankenkasse Steyr für die zuerkannte Subvention per 100 *K* für 1918.

Die Mitteilungen werden vom Gemeinderate zur Kenntnis genommen.

Sodann verliest der Herr Vorsitzende nachstehenden Bericht:

„Die Fleischanlieferung ist nach wie vor eine recht mangelhafte geblieben und erscheint es besonders drückend, daß die Statthalterei ihre bei der Vorsprache am 10. August l. J. gemachte Zusage eines erhöhten Kontingents für Steyr zurückziehen mußte, da das Militärärar unbedingt auf Einhaltung der für Oberösterreich vorgeschriebenen Lieferungen besteht.

Die Kälberanlieferung hat sich um ein Weniges gebessert, ist aber nach wie vor vollständig unzureichend. Bei der Statthalterei eingeholte Auskünfte lauten dahin, daß die Kälberanlieferung überall sehr schlecht ist.

Zur Hebung der Fleischversorgung beschloß der Wirtschaftsrat 20.000 Stück ukrainische Fleischkonserven zu bestellen. Leider kam von der „Leg" die Antwort, daß solche Mengen nicht zu haben seien und sind 700 Stück zur Verfügung gestellt worden.

Die Verfügung des Ernährungsministeriums, die Kartoffel im heurigen Jahre freizugeben, wird von schwer schädigender Wirkung für unsere Kartoffelversorgung sein. Es ist äußerst bedauerlich, daß durch eine solche Maßnahme die einzige Versorgung, die im vorigen Jahre wirklich klappte, unmöglich gemacht wird.

Ich habe mich sofort, nachdem mir die Absicht des Ernährungsministeriums bekannt wurde, mit einer dringenden Eingabe an die k. k. Statthatterei in Linz gewendet, in der ich meinen Befürchtungen lebhaftesten Ausdruck gab und verlangte, daß raschestens durch Beschlagnahme der entsprechenden Menge Kartoffel die Kartoffelversorgung Steyrs sichergestellt werde.

Des weiteren erlaube ich mir zu berichten, daß ich am 18. September an einer Besprechung sämtlicher Vorstände der politischen Bezirksbehörden Oberösterreichs bei der Statthalterei teilnahm.

In dieser fünf Stunden lang dauernden Sitzung kam die Aktion zur Milderung der durch die Brotpreiserhöhung auftretenden Folgen für Minderbemittelte zur Sprache und wird in jedem Bezirk ein entsprechender Betrag hiefür zugewiesen werden.

Die Besprechung der Fleischversorgungsfrage entrollte ein ziemlich trauriges Bild, da der Viehstand Oberösterreichs bereits stark gelichtet ist und trotzdem die Heeresanforderungen nicht geringer wurden.

Es wurde die Frage gestellt, ob sich nicht der Bedarf der Gastwirte einschränken ließe, ein Vorgang, den ich für Steyr als undurchführbar bezeichnete.

Zur Regelung der Fleisch- und Viehaufbringung werden in allen Landbezirken Viehverkehrs-Inspektoren aufgestellt werden.

Ich benützte die Gelegenheit, neuerlich auf die schlechte Viehversorgung Steyrs hinzuweisen, doch besteht bei den obwaltenden Verhältnissen wenig Hoffnung, hierin eine Besserung zu erreichen.

Zur weiteren Ausgestaltung der Milch-, Butter- und Eieraufbringung werden eigene Kommissionen in den Landbezirken errichtet werden.

Bei der Besprechung zur Bekämpfung des Schleichhandels setzte ich mich für die möglichste Duldung des kleinen Rucksackverkehres ein und wies darauf hin, daß es in erster Linie notwendig wäre, die Bahnen zu überwachen, da mittelst diesen größere Mengen von Lebensmitteln verschleppt werden

Die Besprechung der Kohlenfrage ergab schlimme Aussichten für den Winter; ich wies insbesondere auf die mangelhafte Versorgung der Stadt Steyr hin und betonte die unbedingte Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Betriebes des hiesigen Gaswerkes, dessen Einstellung für die Bevölkerung, insbesondere auch für das Krankenhaus von den schlimmsten Folgen begleitet sein würde.

Meine Anwesenheit in Linz benützte ich, um bei Herrn Statthalterei-Vizepräsidenten Grafen Thun in der Milchversorgungsfrage vorzusprechen und eine wesentliche Erhöhung der ganz unzureichenden Milchanlieferung zu verlangen.

Herr Statthalterei-Vizepräsident wies auf die überall obwaltenden Schwierigkeiten der Milchversorgung hin, versprach aber das Möglichste zu tun, uns eine erhöhte Menge zukommen zu lassen.

Mit Herrn Oberkommissär Socher besprach ich die Anlieferung von Gemüse und erhielt ich von diesem die Zusage von entsprechenden Zuweisungen zu vorgeschriebenen Preisen.

Da schon seit langer Zeit Käse nicht mehr zu haben war, habe ich mich mit einer Eingabe an das Landeswirtschaftsamt gewendet mit der Bitte, uns ehestens solchen zuzuweisen.

Die vielen Eingaben und Vorstellungen, welche die Stadtgemeinde Steyr in den letzten Jahren betreffs Umbau und Neugestaltung der hiesigen Bahnhofsanlage gemacht hat, haben endlich zu dem Erfolge geführt, daß die Eisenbahnverwaltung sich mit diesen Fragen ernstlich beschäftigt.

Dank dem Einschreiten des Herrn Gemeinderates Reichsratsabgeordneten k. k. Prof. Erb war am 14. September der Verkehrskommission Gelegenheit geboten, Einsicht in den von der Staatsbahndirektion Linz verfaßten Plan zur Neugestaltung der hiesigen Bahnhofsanlage zu nehmen.

Dieser Plan umfaßt in erster Linie eine wesentliche Ausgestaltung der Gleisanlage. Zu den bestehenden fünf Geleisen sollen noch weitere vier kommen, an die sich verschiedene Stutzgeleise anschließen. Außerdem wird die Gleisanlage um beiläufig 70 m weiter gegen das Viadukt in Schönau zu ausgedehnt.

Die heute bestehenden Heizhaus- und Drehscheibenanlagen sollen verschwinden und neue neben den künftigen Gleisanlagen entstehen. Der Raum für die Verbreiterung dieser Anlage wird durch Ausgrabung der Fuchsluckengründe gewonnen werden, welche die Stadt in Voraussicht des kommenden Bahnbaues bereits im Jahre 1913 erworben hat. Die Erdbewegung wird rund 50 000 Kubikmeter betragen

Für den Frachtenverkehr soll durch Neubau der Magazinsgebäude vorgesehen werden; es kommen getrennte eigene Verlademagazine für den Eilgut- und Frachtengutverkehr in Ausführung. Das Kanzleigebäude wird einstöckig gebaut und bedeutend vergrößert werden. Die Frachtgutabteilung ist in Magazine für ankommende und abgehende Güter geteilt und wird die neue Verladerampe ganz bedeutend größer sein, als die bisherige. Um aber Massengüter, eventuell Langholz ohne Störung des sonstigen Güterverkehres verladen zu können, ist für diese Güter eine eigene große Verladerampe bei der Damberggasse geplant.

Das bestehende Stationsgebäude soll abgerissen und an dessen Stelle ein moderner Neubau entstehen, der eine Länge von 125 m haben wird, während das bisherige Stationsgebäude bloß 52 m lang ist. Das Gebäude, das in moderner, jedoch dem Stadtbilde angepaßter Art gebaut werden soll, enthält eine große mit gedeckter Zufahrt versehene Eingangshalle, eine Wartehalle für Arbeiter, einen bequemen geräumigen Ausgang für die ankommenden Reisenden. Die Anzahl der Kassen wird mehr als verdoppelt, was die Lösung der Karten sehr erleichtern wird; außerdem ist für Kleiderabgabestellen und moderner Abortanlagen vorgesorgt.

Für jede Klasse wird ein eigener Wartesaal eingerichtet und werden Gastwirtschaftsräume sowohl für die 1. und 2., als auch für die 3. Klasse entstehen. Die Diensträume werden in bedeutend vergrößerter Weise eingerichtet werden. In die Obergeschosse kommt die Bahnerhaltungssektion, sowie Wohnungen für Betriebsbeamte.

Im Verlaufe der Besprechung wurde bemerkt, daß die von der Stadtgemeinde Steyr verlangte Hereinführung der Steyrtalbahn in dem Plan noch nicht enthalten sei. G.-R. Abg. Erb konnte aber bereits eine am selben Tage eingelangte Zuschrift des Eisenbahn-Ministeriums vorweisen, laut welcher an die Staatsbahndirektion Linz bereits der Auftrag ergangen ist, diese Hereinführung zu studieren und geeignete Vorschläge zu erstatten. Es wird zu diesem Behufe der vorliegende Plan noch weiter ausgestaltet werden müssen.

Auch die Frage eines Bahnpostamtes wurde erörtert und diesbezüglich festgestellt, daß neben dem Bahnhofe noch genügend Platz zur Errichtung eines solchen Postamtes vorhanden sei und es dort nur auf die Erbauung eines solchen Bahnpostamtes durch das Handels-Ministerium ankomme.

Des weiteren wurde die Frage des Eisenbahndurchlasses in der Damberggasse erörtert und betonten die Stadtgemeindevertreter, daß der dortige Zustand infolge des bedeutend gesteigerten Verkehres ein unhaltbarer geworden sei. Es wurde verlangt, daß die Durchfahrt auf mindestens 10 m verbreitert und auch entsprechend erhöht werde. Diese Durchführung wurde seitens der Staatsbahnvertreter als ausführbar bezeichnet.

Wir haben somit nach so langen, oft aussichtslosen Bemühungen doch eine ernste Aufrollung dieser Frage erreicht und wird es das dauernde Bestreben der Stadtgemeinde-Vorstehung sein, die Sache nun nicht mehr einschlafen zu lassen, sondern stets dahin zu wirken, daß der für Steyr so notwendige gründliche Bahnhofumbau in absehbarer Zeit auch tatsächlich zur Durchführung kommt.

Die Pflasterungen sind in der Kollergasse, sowie in der Sierningerstraße fertiggestellt. Durch die Verzögerung der Kabellieferung an das Elektrizitätswerk muß die geplante Inangriffnahme der Pflasterung in Zwischenbrücken, der Enge und der Kirchengasse weiter hinausgeschoben werden. Es wird jedoch getrachtet, wenn irgend möglich, dies im Zusammenhang mit den Arbeiten an der Steyrbrücke, die am 23. September begonnen haben, durchzuführen, um eine möglichst geringe Verkehrsstörung hervorzurufen.

Einstweilen wird die Umpflasterung der unteren Bismarckstraße, sowie die Neupflasterung der Gleinkergasse beim Schnallenberg in Angriff genommen.

Bei dieser Gelegenheit werden auch die beiden für die Fuhrwerke und insbesondere die Kraftwagen so unangenehmen Wagenrasten beim Schnallentor und bei der Friedhofstiege beseitigt. Zur Ableitung des Wassers werden künftighin im unteren Teile des Schnallenberges neue Einlaufschächte, im oberen eingelegte Holzrinnen dienen.

Die Wiener Fiakergenossenschaft, mit der, wie ich in der letzten Sitzung berichtete, Verhandlungen gepflogen wurden, hat bereits um die Konzessionierung von Standfuhrwerken eingereicht. Es steht also zu erwarten, daß wir in absehbarer Zeit diese wichtige Verbesserung unseres Fuhrwerkeverkehres tatsächlich erhalten.

An die k. k. Post- und Telegraphen-Direktion Linz habe ich eine Eingabe übermittelt, worin ich ersuchte, beim k. k. Handelsministerium die Bewilligung zur Erbauung eines Bahnhofpostgebäudes zu erwirken."

Herr Bürgermeister: „Im Verfolge der Angelegenheit wegen des Bahnhofumbaues, zu welchem mittelst Eingaben an die beteiligten Ministerien und maßgebenden Faktoren Vorstellungen eingebracht wurden, ist von Seiner Exzellenz dem Herrn Landeshauptmann Hauser folgendes Schreiben eingelangt:

Zl. 11.204/Präs./B. Linz, am 3. September 1918.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In Beantwortung des an mich gerichteten Schreibens beehre ich mich mitzuteilen, daß ich in den darin behandelten Angelegenheiten beim Herrn Eisenbahnminister vorstellig werde.

Mit dem Ausdrucke der vorzüglichsten Hochachtung zeichnet

ergebenster

Hauser, Landeshauptmann.

Ferner erlaube ich mir mitzuteilen, daß es unseren vielen Bemühungen gelungen ist, die Enthebung von fünf Wachleuten durchzusetzen. Der Stand der Wache war schon so weit herabgedrückt, daß die Aufrechthaltung des Dienstes kaum mehr möglich war. Wenn auch durch die Enthebung dieser Wachleute noch immer nicht von einem ausreichenden Stand der Wache gesprochen werden kann, so bessert dieselbe doch wesentlich die dermaligen Sicherheitsvorkehrungen.

Ferner erlaube ich mir noch mitzuteilen: Bekanntlich strebte die Sanitätsabteilung vom Roten Kreuz die Beschaffung von Sanitätsautos an, weil mit solchen die Beförderung viel rascher vor sich gehen kann, als mit dem heutigen mangelhaften Pferdegespann und habe ich deshalb mit der Waffenfabrik wegen Lieferung eines Sanitätsautos verhandelt. Die Waffenfabrik erklärte sich nun bereit, der Rettungsabteilung kostenlos ein Sanitätsauto zu liefern und wird dieselbe voraussichtlich im Laufe des Winters in den Besitz des Sanitätsautos kommen. Es bedeutet dies einen sehr wesentlichen Fortschritt im Krankentransportwesen unserer Stadt und erlaube ich mir von dieser Stelle aus der Direktion der Oesterreichischen Waffenfabrik für ihre hochherzige Widmung den besten Dank auszusprechen. (Bravorufe.)

Weiters kann ich noch mitteilen: Wie ich in der letzten Sitzung berichtete, wird die militärtechnische Leitung der Bauten auf der Ennsleiten für die Stadtgemeinde eine Notschule errichten; nur hatte die Sache darin einen Hacken, als das Militärärar für die Schulräume einen Mietzins von 6300 K verlangte. Ich habe nun Herrn Gemeinderat Reichsratsabgeordneten k. k. Prof. Erb ersucht, sich diesfalls mit Herrn Feldmarschalleutnant von Kiß in Verbindung zu setzen und habe nun die Mitteilung erhalten, daß die Waffenfabrik die Beistellung der Schulräume auf eigene Rechnung übernimmt und die militärtechnische Leitung zu Selbstkosten des k. k. Aerars die Einrichtung dieser Schule beistellen wird. Die Eröffnung der Schule wird voraussichtlich im Dezember l. J. erfolgen. Ich gestatte mir allen beteiligten Faktoren, insbesondere der Oesterreichischen Waffenfabrik für das besondere Entgegenkommen den herzlichsten Dank auszusprechen.

Der Gemeinderat schließt sich dem Danke mit Beifall an.

Schließlich erlaube ich mir mitzuteilen, daß durch die gegenwärtigen Bauten auf der Ennsleiten eine Inkorporierung aus dem Gebiete der Gemeinde St. Ulrich dadurch notwendig wird, daß eines der zu erbauenden Häuser mit einem Teile im Gebiete der Gemeinde St. Ulrich stünde — im vorliegenden Falle somit in zwei verschiedenen politischen Bezirken. Ich bin deshalb an die Gemeinde St. Ulrich wegen Abtretung eines Gebietsteiles (es handelt sich um die Leiten beim Märzenkeller) herangetreten.

Laut Mitteilung der Gemeinde St. Ulrich hat sich deren Gemeindeausschuß zustimmend zu der Einverleibung des betreffenden Grundes in das Gebiet der Stadt Steyr ausgesprochen und wird die Behandlung dieser Einverleibung Gegenstand der nächsten Gemeinderatssitzung sein.

Seitens des Herrn Gemeinderates Mag. ph. Otto Dunkl ist mir folgender Dringlichkeitsantrag zugekommen:

Dringlichkeitsantrag
des Gemeinderates Otto Dunkl.

Die stets sich verschlechternde Versorgung mit Fleisch, Mehl, Fett und anderen Nahrungsmitteln macht es der Gemeinde zur Pflicht, ihr besonderes Augenmerk auf die Gemüseversorgung zu richten. Steyr war schon in Friedenszeiten im Vergleiche zu anderen Städten mangelhaft mit Gemüse versehen. Im Kriege ist die Zufuhr noch bedeutend zurückgegangen. Ein Mittel zur Verbesserung der Gemüseversorgung besteht in der Anlage von Schrebergärten, kleinen Grundstücken, die von einzelnen Familien selbst bebaut und bewirtschaftet werden. Diese Art der Durchführung hat sich in anderen Städten vielfach bewährt und würde auch in Steyr zweifellos wohltätig wirken.

Ich stelle daher den Antrag, der Gemeinderat bevollmächtige die III. Sektion, Unterhandlungen mit Gutsbesitzern in der Nähe der Stadt zwecks Pachtung von zehn Joch Grund für Schrebergärtenzwecke einzuleiten und dem Gemeinderate ehestens hierüber Bericht zu erstatten.

Sollten die Unterhandlungen ergebnislos verlaufen, so ist der seitens der Stadtgemeinde angekaufte, von der Radiostation nicht in Anspruch genommene Grund auf dem Tabor für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig wird die III. Sektion beauftragt, geeignete Vorschläge zwecks Verteilung des Grundes an die einzelnen Familien zu erstatten.

Steyr, am 30. September 1918.

Mag. ph. Otto Dunkl.

Dr. Harant. F. Kirchberger. H. Bachmayr.
Aug. Mitter. F. Gründler. L. Haller.
Wokral. Tribrunner. Ing. Josef Huber.
Fr. Aigner.

Der Antrag ist durch Unterschriften genügend gestützt und ersuche ich Herrn Gemeinderat Dunkl zur Dringlichkeit des Antrages das Wort zu ergreifen."

Herr G.-R. Dunkl: „Die Dringlichkeit des Antrages erlaube ich mir mit der vorgeschrittenen Jahreszeit und der dadurch bedingten raschen Inangriffnahme der Sache zu begründen."

Herr Bürgermeister: „Wird zur Dringlichkeit weiter das Wort gewünscht? Es ist nicht der Fall. Die Dringlichkeit des Antrages erscheint somit angenommen. Ich ersuche den Herrn Antragsteller zum Antrage selbst zu sprechen."

Herr G.-R. Dunkl: „Wie schon aus dem Antrage selbst zu ersehen ist, ist für eine Reihe von Jahren, nicht nur für das kommende Jahr, eine bleibende Einschränkung in allen notwendigen Lebensmitteln zu erwarten, wie auch keine Zufuhr überseeischer Produkte zu erwarten steht. Außerdem macht sich ein großer Mangel an Gemüse wahrnehmbar, da die Bauernschaft jede Zufuhr in die Stadt einstellt. Weiters haben unsere Bauern, von welchen wenige im Hinterlande verblieben sind, keine Hilfskräfte, um Gemüse im anzufordernden Maße zu ziehen und ist auch die große Gemüseaktion, an welcher sich die Gemeinde mit einem Kapitale von 50.000 K beteiligt hätte, ins Wasser gefallen. Wenn Schrebergärten errichtet werden, werden die Leute im kommenden Jahre die Gemüseartikel sich leicht selbst beschaffen und wird kaum ein Mangel an Grundstücken hiefür sein, als bekanntlich der Viehstand um mehr als die Hälfte abgenommen hat und daher genügend Wiesen zur Bearbeitung für Schrebergärten zur Verfügung stehen. Die bestehende Futternot ist nur der ganz unrichtigen Bewirtschaftung der Futtermittelzentralen zuzuschreiben. Für die Einrichtung von Schrebergärten werden vielleicht auch staatliche und Landesunterstützungen zu erreichen sein, da der Staat ja auch die großen Konservenfabriken mit außerordentlichen Zuckerzuweisungen 2c., wie man weiß, ausgiebig unterstützt, warum sollte der Staat nicht auch für die Unbemittelten für Zwecke von Schrebergärten Unterstützungen gewähren. Aber auch vom gesundheitlichen Standpunkte aus verspreche ich mir für die Bevölkerung Vorteile, da die meisten unbemittelten Leute in ungesunden Wohnungen sind und es diesen von großem Vorteile wäre, sich bei Bearbeitung ihrer Schrebergärten in der frischen Luft bewegen zu können. Für die Durchführung wäre auch an die Oesterreichische Waffenfabrik sowie an die Firma Reithoffer heranzutreten, welche in der Lage wären, größere Grundkomplexe für die gedachten Zwecke zur Verfügung zu stellen, wodurch sich durch die Nähe der Anlagen auch die Bearbeitung und Ueberwachung derselben erleichtern würde. Ich bitte die III. Sektion, die Sache raschestens in Angriff zu nehmen, damit die nötigen Vorarbeiten in kürzester Zeit durchgeführt werden."

Herr Bürgermeister: „Ich lasse über den Dringlichkeitsantrag abstimmen und ersuche, die Annahme des Antrages durch Erheben der Hände auszudrücken."

Der Dringlichkeitsantrag wird einstimmig angenommen.

Herr Bürgermeister: „Von Seite der I. Sektion liegt ein Dringlichkeitsantrag betreffend Stellungnahme des Gemeinderates zur Entschließung der Versammlung des Deutschen Volksvereines am 26. September 1918 vor und ersuche Herrn Gemeinderat Dr. Harant hiezu das Wort zu ergreifen."

Herr G.-R. Dr. Harant: „Am 26. September hat in den Brauhaussälen eine Versammlung des Deutschen Volksvereines stattgefunden, in welcher eine Entschließung einstimmig angenommen und diese dem Gemeinderate zur Stellungnahme am 27. September vorgelegt wurde. Nachdem die Zuschrift eingelangt ist, als die Tagesordnung für die gegenwärtige Gemeinderatssitzung bereits ausgegeben war, ist nur mehr die Stellungnahme zur Entschließung im Wege der Dringlichkeit zulässig. Die Entschließung selbst betrifft Verpflegsfragen, also einen Gegenstand, der zur großen Dringlichkeit der Behandlung an sich zwingt. Ich bitte daher, der Dringlichkeit zuzustimmen, da dieselbe durch den Gegenstand hinreichend begründet erscheint."

Herr Bürgermeister: „Wird zur Dringlichkeit des Antrages das Wort gewünscht?" Nachdem dies nicht der Fall ist, ersuche ich Herrn Gemeinderat Dr. Harant, zur Entschließung selbst zu sprechen."

Herr G.-R. Dr. Harant: „Die überaus traurigen und im Argen liegenden Verpflegsverhältnisse von Steyr und die Zurücksetzungen, welche die Stadt Steyr in Verpflegsfragen seit Langem zu erdulden hatte, haben den Deutschen Volksverein bekanntlich veranlaßt, am 26. September l. J. eine Versammlung einzuberufen. Diese Versammlung ist von allen Schichten der Bevölkerung zahlreich besucht gewesen und wurden hiebei die überaus traurigen, um nicht zu sagen himmelschreienden Verpflegsverhältnisse in Stadt Steyr eingehend und von vielen Seiten erörtert. Diese Erörterungen haben zu einer Entschießung geführt, die Ihnen im allgemeinen wohl bereits bekannt ist, mir aber dennoch erlaube, Ihnen dieselbe vorzulesen:

Entschließung.

Die durch die Versammlung im August 1917 eingetretene schwache Verbesserung der auf einen bedenklichen Tiefstand gesunken gewesenen Versorgung der Stadt Steyr hielt leider nur sehr kurze Zeit an. Bald darauf trat die alte Leidensgeschichte der Bevölkerung der Stadt Steyr wieder ein.

Zahlreiche Eingaben und Fahrten zur Statthalterei seitens der Vertreter des Wirtschaftsrates und des Gemeinderates der Stadt Steyr brachten zwar verschiedenartige Zusagen der dortigen Landeswirtschaftsstellen, keine einzige wurde jedoch eingehalten, so daß im Wirtschaftsrate der Stadt Steyr eine Anregung lebhafte Zustimmung fand, dahin gehend, sämtliche Mitglieder desselben sollen ihre Stellen niederlegen, da ohnehin jede Beratung und Beschlußfassung überflüssig sei und der Statthalterei die volle weitere Verantwortung überlassen.

Infolge der passiven Resistenz der Statthalterei gegenüber den bescheidensten Anforderungen für eine entsprechende Versorgung der Stadt Steyr ist der Mangel an Nahrungsmitteln aller Art und sonstiger Bedarfsartikel unerträglich geworden. Die Fleischversorgung wurde immer schlechter, die Kartoffelversorgung versagt gänzlich, Ersatzmittel kommen überhaupt nicht und die Teuerung steigt ins Fabelhafte. Dabei sieht die Statthalterei ruhig zu, daß eine unbeschränkte Massenausfuhr aller möglichen Nahrungsmittel und Bedarfsartikel aus Oberösterreich stattfindet, während die benachbarte Bezirkshauptmannschaft Amstetten, auf die die Versorgung der Stadt Steyr und insbesondere die in Ennsdorf wohnende Waffenfabriksarbeiterschaft unbedingt angewiesen ist, sich vollständig absperrt.

Das Elend an Brennstoffen und Bekleidungsartikeln ist nicht mehr zu ertragen und mit zunehmendem Bangen sieht die Bevölkerung von Stadt Steyr dem kommenden Winter entgegen.

Deshalb wendet sich die Versammlung mit aller Entschiedenheit gegen die unverständliche und unbegreifliche Gleichgiltigkeit, mit welcher die verantwortlichen Stellen in der oberösterreichischen Statthalterei die bösen Zustände in Steyr behandeln.

Durch vier volle Jahre hat der Wirtschaftsrat und Gemeinderat der Stadt Steyr das Unverständnis und die geradezu feindliche Haltung seitens der Referenten in der Statthalterei gegenüber der Stadt Steyr abzuwehren versucht. Vergebens! Es scheint dort auch an gutem Willen zu fehlen, der Stadt Steyr zu helfen.

Daher fordert die Versammlung die k. k. oberösterreichische Statthalterei in letzter Stunde dringendst auf, diesen unhaltbar gewordenen Zuständen schleunigst ein rasches Ende zu bereiten.

Es hat aber auch den Anschein, als ob die Statthalterei und der Landesausschuß in Linz es an jedem hartnäckigen Widerstand gegen die allseitige unerhörte Ausbeutung von Oberösterreich fehlen lassen, so daß bei einer weiteren Fortdauer dieses Ausbeutungssystems von Oberösterreich durch die Zentralstellen und eine Unmasse von Zuwanderern unser Kronland völlig verelenden muß.

Deshalb fordern wir von diesen so verantwortungsvollen Stellen des Landes mehr Nackensteifheit gegenübrr den Zentralstellen in Wien sowie auch gegenüber den anderen massenhaft zugewanderten Ausbeutern, wie solche Widerstände erfolgreich in anderen Kronländern durchgeführt werden.

Für die Stadtgemeinde Steyr verlangt aber die Versammlung mit allem Nachdrucke unbedingt und unverzüglich eine bessere, verständnisvollere Auffassung der eigenartigen, durch die zweierlei durchgeführte Versorgung ihrer Bevölkerung bedingten Lage und ein Aufgeben der absichtlichen oder unabsichtlichen Verwechslung dieser Versorgungsverhältnisse zum Schaden der Bevölkerung.

Sollte die Statthalterei die Bevölkerung der Stadt Steyr weiter in dieser bösartigen und geradezu feindlichen Weise ver-

nachlässigen, sowie gegebene Zusagen nicht einhalten, so fordere die Versammlung den Wirtschaftsrat der Stadt Steyr auf, seine Stellen zurückzulegen und der Statthalterei allein und zur vollen Gänze die Verantwortung für die kommenden Folgen zu überlassen.

Diese Entschließung ist zu übersenden: Sr. Exzellenz dem Herrn k. k. Ministerpräsidenten Dr. Freiherrn von Hussarek, Sr. Exzellenz dem Herrn Ernährungsminister Dr. Paul, Seiner Exzellenz dem Herrn Minister des Innern Dr. v. Geyer, Seiner Exzellenz dem Herrn k. k. Statthalter von Oberösterreich Erasmus Freiherrn v. Handel und dem Herrn k. k. Statthalterei-Vizepräsidenten Rudolf Grafen Thun.

Die Sektion ist überzeugt, daß der löbliche Gemeinderat dem Gegenstande die vollste gebührende Beachtung schenken und die Dringlichkeit zuerkennen wird. Es ist ganz sicherlich richtig, daß der Gemeinderat der l. f. Stadt Steyr und deren Wirtschaftsrat von jeher alles getan haben, was in ihrer Macht gelegen ist, um diese ganz unglaublichen traurigen Verhältnisse zu einem Besseren zu wenden; leider waren die zahlreich unternommenen Schritte bisher ein Schlag ins Wasser und ist es in Steyr seither nicht besser geworden. Die in der vorgedachten Versammlung gefaßte Entschließung erscheint daher gewissermaßen als ein letztes Aufgebot an die zuständigen Behörden, endlich eine Besserung eintreten zu lassen, damit diese unhaltbaren Zustände vielleicht in letzter Stunde gebessert werden.

Deshalb stellt die Sektion den Antrag:

Der löbliche Gemeinderat wolle sich dieser Entschließung einstimmig anschließen und diese tatkräftigst fördern und unterstützen."

Herr G.-R. Wokral: „Ich möchte bitten, daß die Entschließung und der Antrag der Sektion die einmütige Zustimmung des Gemeinderates finden möge. Weiters möchte ich bemerken, daß trotz der dringendsten Vorstellungen des Herrn Bürgermeisters, des Gemeinderates und des städtischen Wirtschaftsrates nunmehr doch die Freigabe der Kartoffel verfügt wurde, allerdings mit der Einschränkung, daß den Wienern der Einkauf in Oberösterreich verboten wurde. Durch die sonstige Freigabe ist aber dessenungeachtet amtlich eine Anarchie geschaffen worden, für deren Folgen wir das schlimmste befürchten müssen. Es ist gerade das Gegenteil von dem verfügt worden, was vom Gemeinderat und Wirtschaftsrat angeregt und empfohlen wurde. Unter diesen Umständen ist es für den Gemeinderat und Wirtschaftsrat furchtbar schwer zu arbeiten und bedauerlich, daß nun diese Körperschaften die Verantwortung übernehmen sollen, eine Verantwortung, die sie nicht tragen können. Es muß hier ganz deutlich zum Ausdrucke gebracht werden, daß es so auf die Dauer nicht mehr geht und wenn die verantwortlichen staatlichen Stellen dies nicht begreifen, so wird nichts anderes übrig bleiben, als die Forderung der Entschließung, daß die Mitglieder des städtischen Wirtschaftsrates ihre Stellen zurücklegen, wahr zu machen, weil sie die Verantwortung im Bewußtsein ihrer erfüllten Pflicht nicht länger übernehmen können und nicht zusehen können, daß die Bevölkerung diesen geschaffenen anarchischen Zuständen ausgeliefert wird." (Unmutsäußerungen.)

Herr Bürgermeister: „Ich lasse über den Sektionsantrag abstimmen."

Der Gemeinderat stimmt der Entschließung einstimmig zu.

Herr Bürgermeister: „Es liegt ein weiterer Dringlichkeitsantrag der I. Sektion betreffend Einführung von Autostandfuhrwerk vor und ersuche ich Herrn G.-R. Dr. Harant hiezu zu sprechen."

Herr G.-R. Dr. Harant: „Auch dieser Gegenstand kann wie der vorhergehende aus demselben Grunde nur im dringlichen Wege behandelt werden; er behandelt Verkehrsfragen, so daß die Dringlichkeit von selbst gegeben erscheint. Ich bitte daher, auch diesem Gegenstande die Dringlichkeit zuzuerkennen."

Herr Bürgermeister: „Wird gegen die Dringlichkeit ein Einwand erhoben? Dies ist nicht der Fall; ich ersuche Herrn G.-R. Dr. Harant zum Gegenstande selbst zu sprechen."

Herr G.-R. Dr. Harant: „Vom Herrn Bürgermeister ist der I. Sektion folgender Bericht zugekommen:

An die I. Sektion des Gemeinderates!

Die seit einiger Zeit mit der Wiener Fiakergenossenschaft geführten Verhandlungen haben diese veranlaßt, um Konzession für zehn Fuhrwerke bei der Stadtgemeinde-Vorstehung Steyr einzureichen. Diese Konzession wird erteilt werden mit dem Standplatze am Stadtplatze und gegen die Verpflichtung, zu jedem Zuge mindestens ein Fuhrwerk beim Bahnhofe stellig zu machen. Die Fiakergenossenschaft will den Betrieb vorläufig mit vier Autos aufnehmen.

Gleichzeitig hat die Genossenschaft Tarifvorschläge gemacht, dahingehend, daß in Steyr der jeweils in Wien für Taxameter-Standfuhrwerk in Kraft stehende Tarif giltig sei. Dieser Antrag hat den Vorteil, daß Streitigkeiten zwischen der Stadtgemeinde und den Konzessionsinhabern vermieden werden, da eben der jeweilige Wiener Tarif sofort in Kraft tritt.

Der gegenwärtige Tarif ist nachstehend angegeben.

Autotaxameter:

Tarif II, d. i. für die ersten 666 m	K	1·—
für je weitere 333 m	„	—·40

die vom Zählwerk angezeigte Summe ist 3fach einzuheben.

Fiaker (Zweispänner):

Tarif II, d. i. für die ersten 666 m	K	1·20
für je weitere 333 m	„	—·30

ebenfalls 3fach.

Einspänner:

Tarif II, d. i. für die ersten 666 m	K	—·60
für je weitere 333 m	„	—·20

ebenfalls 3fach.

Zuschläge für Fahrten von den Bahnhöfen und für größeres Gepäck	K	1·—
für bestellte Wagen	„	2·—

Wie aus den früheren Ausführungen hervorgeht, kommt für Steyr derzeit nur der Autotarif in Frage. Nach diesem kommt beispielsweise eine Fahrt vom Stadtplatze zum Staatsbahnhofe, vom Stadtplatze zum Steyrtalbahnhofe, von der Frauengasse bis zum Staatsbahnhofe auf . . . . . K 4·20
vom Stadtplatz zur Artilleriekaserne . . . . . „ 5·60
vom Staatsbahnhofe zum neuen Krankenhause auf . „ 13·80
somit wesentlich billiger als die heute verlangten Gebühren.

Es obwaltet somit kein Anstand, die Zustimmung zur Einführung der Wiener Tarife zu geben und ersuche ich die I. Sektion, diese, um keine Verzögerung zu schaffen, im Wege eines Dringlichkeitsantrages zu bewirken.

Steyr, am 1. Oktober 1918.

Julius Gschaider
Bürgermeister.

Die Wiener Fiakergenossenschaft hat sich in ihrer Zuschrift ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß der für Wien jeweils geltende Tarif auch in Steyr seine Giltigkeit habe. Es ist gewiß zu begrüßen, wenn in Steyr die Möglichkeit geboten wird, ein Fuhrwerk aufnehmen zu können, da die Kriegsverhältnisse dazu geführt haben, daß Fiaker oder sonstiges Lohnfuhrwerk überhaupt nicht oder nur zu horrenden Preisen zu bekommen ist; oft mußte man stundenlang warten, bis eingespannt oder überhaupt ein Fuhrwerk zur Verfügung gestellt werden konnte. Durch die Einstellung des Wiener Standfuhrwerkes wird nun diesem Uebelstande abgeholfen werden, da sohin jederzeit ein Fuhrwerk am Standplatze zu erreichen sein wird.

Die Sektion beantragt daher: Der Gemeinderat beschließe, die Erklärung der Fiakergenossenschaft, nach welcher sie sich verpflichtet, in Steyr die jeweils in Wien für Taxameterfuhrwerk geltenden Tarife einzuhalten, genehmigend zur Kenntnis zu nehmen und damit diese Tarife als in Steyr für Taxameter-Standfuhrwerk giltig zu erklären."

Herr Bürgermeister: „Ich lasse über den Sektionsantrag abstimmen."

Der Gemeinderate nimmt den Sektionsantrag einhellig an.

Herr Bürgermeister: „Somit kommen wir zur Erledigung der Tagesordnung."

I. Sektion. Referent: Sektionsobmann Herr G.-R. Dr. Karl Harant.

1. Personalansuchen.

2. Ansuchen um Aufnahme in den Gemeindeverband.

Die Punkte 1 und 2 werden der vertraulichen Sitzung vorbehalten.

3. Aenderung der Benennung des neu einverleibten Gebietes.

28256

Herr Referent G.-R. Dr. Harant: „Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 26. Oktober 1917 beschlossen, das aus dem Gebiete der Gemeinde Gleink einzuverleibende Areale nach der bereits bestehenden Ortschaft „Stein" zu benennen, da es zur Durchführung der Inkorporierung notwendig war, das einzuverleibende Gebiet mit einem Namen zu bezeichnen. Der Gemeinderat hat sich damals auf den Standpunkt gestellt, diesem Gebiete, wie gesagt, den Namen „Stein" zu geben, weil es seit alter Zeit diesen Namen innehatte und derselbe landläufig bekannt ist. Nun würde aber, wie zwar schon in der Sitzung vom 26. Oktober ausgeführt wurde, die Neubenennung eines Stadtteiles mit dem § 1 des Gemeindestatutes dadurch im Widerspruche stehen, als hiezu ein Landtagsbeschluß erforderlich ist. Damals wurde von der Erwägung ausgegangen, daß im Wege des Landesausschusses ein Gesetz auf Benennung des neuinkorporierten Gebietes zu erwirken sei, was sich jedoch nach dem Bescheide der Statthalterei als untunlich erwies. Nachdem nun auch in nächster Zeit der Zusammentritt des Landtages nicht zu erwarten steht, somit ein Landtagsbeschluß nicht zu erwirken ist, bleibt nichts anderes übrig, als das neuinkorporierte Gebiet nach einem der beiden bestehenden und angrenzenden Stadtteilen Wieserfeld oder Ort zu benennen. Von diesen beiden Orten kommt jedoch der Stadtteil Wieserfeld vorerst in Betracht, als derselbe zum größeren Teile an das inkorporierte Gebiet angrenzt und die Benennung des neuen Gebietes nach diesem Stadtteile daher im Grunde der Bestimmungen des Gemeindestatutes geboten erscheint.

Die Sektion stellt daher den Antrag: Bei dem Umstande, als die Bezeichnung des Gebietes nach den Namen „Stein" mit Rücksicht auf den Wortlaut des Statutes nicht möglich ist, die Schaffung eines Landesgesetzes zum Zwecke einer Aenderung des Statutes dermalen aber gleichsfalls nicht angeht und um die Einverleibung des Gebietes nicht länger zu verzögern, stellt die Sektion den Antrag:

1. Der seinerzeit gefaßte Beschluß, das fragliche Gebiet „Stein" zu benennen, wird zurückgezogen,

2. der Gemeinderat beschließe, dieses Gebiet lediglich als Vergrößerung der im § 1 des Gemeindestatutes verzeichneten Vorstadt „Wieserfeld" anzusehen."

Herr Bürgermeister: „Da zum Sektionsantrage das Wort nicht gewünscht wird, lasse ich über den Antrag abstimmen."

Der Sektionsantrag wird einstimmig angenommen.

4. Bestellung eines Leiters für das h. o. allgem. öffentl. Krankenhaus. 35572

Herr Referent G.-R. Dr. Harant: „Der Gemeinderat hat bekanntlich in der letzten Sitzung über die Bestimmungen betreffend den Leiter für das allgemeine öffentliche Krankenhaus beschlossen, daß, insolange kein eigener Verwaltungsbeamter als Leiter bestellt, sondern die Leitung von einem Gemeinderate ausgeübt wird, diesem der Titel Direktor des allgem. öffentlichen Krankenhauses und die in den Bestimmungen festgesetzte Auslagenentschädigung zuzukommen habe. Heute handelt es sich darum, diesen Leiter für das allgem. öffentl. Krankenhaus zu bestimmen. Ich glaube in Uebereinstimmung aller Herren zu sein, wenn ich den Antrag stelle, mit der Stelle eines Direktors des allgem. öffentl. Krankenhauses im Sinne der bestehenden Bestimmungen den Herrn Gemeinderat Franz Kirchberger zu betrauen, der seit dem Betriebe des neuen öffentlichen Krankenhauses dasselbe in mustergiltiger Weise leitet."

Herr Bürgermeister: „Ich ersuche Herrn Gemeinderat Kirchberger, diese Stelle anzunehmen und zum Besten der Anstalt zu verwalten."

Herr G.-R. Kirchberger: „Ich danke für das in mir gesetzte Vertrauen und werde bestrebt sein, dasselbe jederzeit zu rechtfertigen und die Interessen des Krankenhauses nach jeder Richtung hin zu vertreten."

5. Beschlußfassung auf Widmung einer Teilfläche der Parzelle der K.-E. Zl. 114 in Steyr im Ausmaße von 4 m² als öffentliches Gut zum Zwecke der Erweiterung der Damberggasse.

Herr Referent G.-R. Dr. Harant: „Zur Erweiterung der Damberggasse ist ein Teil von der G.-P. Nr. 114 im Flächenausmaße von 4 m² notwendig. Die vorbenannte Parzelle ist im Eigentume der Stadtgemeinde, gehört zum Anwesen Nr. 286 in Ennsdorf und soll hievon eine Fläche von 4 m² aus dem Eigentume der Stadt für obengedachten Zweck ausgeschieden und als öffentliches Gut erklärt werden.

Die Sektion stellt daher den Antrag: Der löbliche Gemeinderat beschließe, den Grundteil von 4 m² aus der G.-P. Nr. 114 zum Zwecke der Erweiterung der Damberggasse als öffentliches Gut in die Gemeinde Stadt Steyr einzuverleiben."

Der Sektionsantrag wird einstimmig angenommen.

II. Sektion. Referent: Sektionsobmann Herr G.-R. Franz Kirchberger. 2

6. Stadtkasse-Tagebuchabschluß pro August 1918.

Herr Referent G.-R. Kirchberger trägt den Stadtkasse-Tagebuchabschluß vor:

Z. 289/Bh.
Stadtbuchhaltung Steyr am 17. September 1918.

Ausweis
über die Einnahmen und Ausgaben der Stadtkasse Steyr
im Monate August 1918.

	1918		1917		Differenz	
	K	h	K	h	K	h
Einnahmen im Monate August . .	472.822	16	184.774	42	+ 288.047	74
Hiezu Kasserest vom Vormonate . .	172.696	34	12.743	61	+ 159.952	73
Gesamteinnahmen im Monate August .	645.518	50	197.518	03	+ 448.000	47
Ausgaben im Monate August . .	124.154	48	197.210	78	— 73.056	30
Kasserest für den Monat September .	521.364	02	307	25	+ 521.056	77
Seit Jahresbeginn bis Ende August betrugen:						
Die Gesamt-Einnahmen . . .	5,121.612	38	981.668	69	+4,139.943	69
die Gesamt-Ausgaben	4,600.248	36	981.361	44	+3,618.886	92

Jandaurek m. p. Markut m. p.
Stadtbuchhalter.

Wird zur Kenntnis genommen.

7. Zuschrift des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs betreffend Beteiligung an der Gründung einer Hochseefischerei-A.-G. 28278

Herr Referent G.-R. Franz Kirchberger: „Der Bund deutscher Städte Oesterreichs hat anher eine Zuschrift gerichtet, womit derselbe zum Beitritte in die Aktiengesellschaft einladet. In dieser Zuschrift ist ausgeführt, daß es für die künftige Approvisionierung der größeren Städte und Industrialorte sehr wichtig ist, billige Seefische zu beschaffen, da auch nach dem Kriege auf eine lange Zeit kaum mit einer entsprechenden Zufuhr vom Weltmarkt zu rechnen ist. Zunächst handelt es sich festzulegen, ob die deutschösterreichischen Städte grundsätzlich bereit sind, sich an der Aufbringung des Aktienkapitales zu beteiligen. In Betracht kämen die marokanischen Gewässer, da die Fische aus der Nordsee nicht besonderen Eingang finden; auch würden sich die Frachtsätze aus diesen Gewässern billiger stellen. Es ist wohl klar, daß sich die Städte dieser Anregung nicht ohneweiters verschließen und daher grundsätzlich der Gründung dieser Aktiengesellschaft zustimmen werden.

Die Sektion stellt daher den Antrag: Der löbliche Gemeinderat erteilt seine grundsätzliche Zustimmung zur Gründung einer österr. Hochseefischerei-A.-G. und ist bereit, hiefür Aktien zu zeichnen. Die Finanzsektion wird beauftragt, diesbezüglich nach vorherigen genauen Studien dieser Angelegenheit einen entsprechenden Antrag zu stellen."

Herr Bürgermeister: „Wird zum Antrage das Wort gewünscht?"

Herr G.-R. Wokral: „Ich bin der Auffassung, daß der Gemeinderat grundsätzlich alle Bestrebungen, die auf die Versorgung der Städte gerichtet sind, unterstützen soll, nur befürchte ich, daß es wieder so geht, wie bei der Gemüseversorgung, bei welcher es auch nur bis zur Zeichnung eines Anteiles gekommen ist. Aus der Adriafischerei haben wir bisher keinen Nutzen gezogen, es wäre sich daher vorerst genau zu orientieren, was an der Sache ist, um in der Bevölkerung nicht falsche Hoffnungen zu erwecken."

Herr G.-R. Kirchberger: „In diesem Sinne lautet ja auch bereits der Sektionsantrag. Soviel man weiß, ist die Aktion bereits insoweit im Zuge, als von einer Rhederei in Gestemünde nach Abschluß der Verhandlungen zwei Dampfer zur Verfügung gestellt werden sollen; es scheint also, daß die Angelegenheit energisch in Angriff genommen wird."

Herr Bürgermeister: „Ich möchte hiezu erwähnen, daß die Durchführung dieser Aktion selbstverständlich erst nach Beendigung des Krieges möglich sein kann, weil die marokanischen Gewässer sicher vorher nicht frei werden. Was die Fischerei in der Adria anbelangt, so stellt sich dieselbe aus dem Grunde noch immer teurer, als dieselbe noch so wie vor 300—400 Jahren betrieben wird, während eben die Nordseefischerei modern eingerichtet ist und daher billiger arbeiten kann.

Ich lasse über den Sektionsantrag abstimmen."

Der Antrag wird einhellig angenommen.

8. Zuschrift der o.-ö. Landeshypothekenanstalt betreffend Aufnahme eines Darlehens für die IX. Kriegsanleihezeichnung. 28125

Herr Referent G.-R. Kirchberger: „Bekanntlich hat sich die o.-ö. Landeshypothekenanstalt bereit erklärt, für die Zwecke der Zeichnung der IX. österreichischen Kriegsanleihe ein Darlehen zu den günstigsten Bedingungen zu beschaffen, und zwar bis zu einem Betrage von zwei Millionen Kronen und stellt daher die Sektion folgenden Antrag:

Von diesem Anbote, zwei Millionen Kronen zwecks eventueller Zeichnung von Kriegsanleihen zur Verfügung zu stellen, Gebrauch zu machen."

Herr Bürgermeister: „Ich erlaube mir darauf zu verweisen, daß sich der Zuzählungskurs nach einer neuerlich eingelangten Verständigung auf 97·75 gebessert hat. Bevor ich zur Abstimmung schreite, stelle ich fest, daß mehr als $^2/_3$ der Herren Gemeinderäte anwesend sind; ich lasse über den Sektionsantrag abstimmen."

Der Sektionsantrag wird einstimmig angenommen.

9. Beschlußfassung wegen Beteiligung an der Gründung der österreichischen Bodenbank. 29280

Herr Referent G.-R. Kirchberger: „Wie schon bekannt sein dürfte, hat der Arbeitsausschuß zur Gründung einer Deutschen Bodenbank an die Stadtgemeinde das Ersuchen gerichtet, sich an dieser Organisation, die den Schutz deutschen Besitzes bezweckt, zu beteiligen und stellt die Sektion hiezu den Antrag:

25 Aktien der Deutschen Bodenbank zum Nennwerte von 400 *K* mit dem Zuzählungsbetrage von 412 *K* zu übernehmen."

Herr G.-R. Wokral: „Ich möchte bemerken, daß ich nur dann mit dem Antrage einverstanden sein kann, wenn die Bodenbank tatsächlich eine Gründung der deutschen Städte und nicht etwa irgend einer Privatgesellschaft oder einer Privatbank ist."

Herr G.-R. Kirchberger: „Darauf kann ich erwidern, daß die Gründung von den deutschen Städten erfolgt und den Zweck verfolgt, deutschen Grund und Boden Oesterreichs zu schützen; wir sind daher geradezu verpflichtet, dieses Unternehmen der deutschen Städte zu unterstützen."

Herr Bürgermeister: „Ich bringe den Antrag zur Abstimmung."

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

10. Einladung der Kriegsinvaliden-Erwerbsgenossenschaft in Salzburg zur Zeichnung weiterer Geschäftsanteile.

Herr Referent G.-R. Kirchberger: „Wie erinnerlich, hat der Gemeinderat im Jahre 1917 für diese Erwerbsgenossenschaft einen Anteil gezeichnet. Die Genossenschaft hat sich seither recht gut entwickelt und mit ihrer Tätigkeit sehr gute Erfahrungen gemacht. Die Genossenschaft geht nun daran, ihre Anlagen zu vergrößern und ladet die Stadt Steyr zur Zeichnung weiterer Anteile ein.

Die Sektion stellt daher mit Rücksicht auf die nützliche Tätigkeit dieser Erwerbsgenossenschaft den Antrag: Neuerlich zwei Anteilscheine zu je 50 *K* zu zeichnen."

Der Sektionsantrag wird einhellig angenommen.

11. Unterstützungsansuchen.

Herr Referent G.-R. Kirchberger: „Der Kaninchenzuchtverein Steyr ersucht zu seiner im Jahre 1919 abzuhaltenden Hauptausstellung um eine Unterstützung.

Die Sektion stellt den Antrag: Die Subvention wie im Vorjahre wieder bewilligen zu wollen." 27852

Der Sektionsantrag wird einstimmig angenommen.

III. Sektion. Referent: Sektionsobmann Herr G.-R. Ing. Josef Huber.

12. Antrag auf Erbauung eines Primariuswohnhauses. 23931

Herr Referent G.-R. Ing. Huber: „Wie dem löblichen Gemeinderate erinnerlich, wurde das Spitalbaukomitee seinerzeit beauftragt, für den neuen Primarius des Krankenhauses Herrn Dr. Ofer eine Wohnung ausfindig zu machen. Nachdem dies infolge des bestehenden Wohnungsmangels in Steyr nicht möglich war, ist der Gemeinderat darangegangen und hat das Platzerhaus in der Prevenhubergasse angekauft. Durch das bestehende Mieterschutzgesetz wurde es jedoch wiederum vereitelt, dem Herrn Primarius in diesem Hause eine Wohnung zu geben, so daß das Spitalbaukomitee in Verbindung mit der Bausektion daran gehen mußte, sich mit der Erbauung eines Wohnhauses zu beschäftigen, sich auch mit der Oberösterreichischen Baugesellschaft, als dem einzigen Unternehmen, welches die Durchführung eines solchen Baues zur raschen Realisierung übertragen werden könnte, in Verbindung setzte und Pläne beschuf. Nach dem vorliegenden Bauplane und Kostenvoranschlag würde jedoch dieser Bau ohne Einrichtung der Wasserleitung, Kanalisation und anderen notwendigen Kautelen auf über 236.000 *K* zu stehen kommen, auf welche Bausumme die Bausektion nicht eingehen bezw. einraten kann. Nachdem nunmehr die Wohnungsbeschaffung für den Herrn Primarius eine andere Lösung finden dürfte, stellt daher die Sektion den Antrag, die Sache im Gemeinderate nicht weiter zu verfolgen."

Herr Bürgermeister: „Ich lasse über den Sektionsantrag abstimmen."

Der Sektionsantrag wird einstimmig angenommen.

13. Ansuchen der Hausbesitzer in der Berggasse um Neupflasterung dieser Gasse. 30486

Herr Referent G.-R. Ing. Huber: „Seitens der Hausbesitzer in der Berggasse ist folgendes Ansuchen eingelangt:

Steyr, am 25. August 1918.

Löblicher Gemeinderat der l. f. Stadt Steyr!

Die gefertigten Hausbesitzer und Bewohner der Berggasse erlauben sich hiemit das Ersuchen zu stellen, der löbliche Gemeinderat möge gelegentlich der Umpflasterungen des ganz veralteten Pflasters dieser im Zentrum der Stadt gelegenen Gasse nicht vergessen.

In derselben ist das Theater gelegen, zu welchem die Bewohner aus allen Stadtteilen strömen. An der erbetenen Umpflasterung auf Kleinpflaster ist somit die ganze Bewohnerschaft gleich interessiert. Das ganz unmoderne, großteils schon veraltete Katzenkopfpflaster ist im Winter geradezu als gefährlich zu bezeichnen und verursacht bei der Engheit der Gasse ein Wagengerassel, welche für Gesunde, besonders aber für Kranke außerordentlich belästigend ist.

Auch der Zustand des Hauptkanales der Berggasse bedürfte bei dieser Gelegenheit einmal einer gründlichen Untersuchung und einer sachgemäßen Umgestaltung, da derselbe im Gefälle verbaut erscheint, wodurch die Fäkalien nicht entsprechend abfließen, sich ansammeln und bei der seichten Lage desselben diese enge Gasse Sommer und Winter mit ekelerregenden Miasmen erfüllen.

Einer gütigen Berücksichtigung ihrer Bitten zuversichtlich entgegensehend, zeichnen hochachtungsvollst:

Folgen die Unterschriften sämtlicher Besitzer in der Berggasse, sowie solche von Bewohnern derselben.

Die Sektion anerkennt ja gewiß die Beschwerden der Hausbesitzer, kann aber vorderhand nur folgenden Antrag stellen:

Die in der letzten Gemeinderatssitzung beschlossenen Neuumpflasterungen von Straßen und Plätzen des Stadtgebietes haben ihre Grenze in der Menge des zu beschaffenden Steinmateriales und in der beschränkten Anzahl der Arbeitskräfte gefunden, es mußten infolgedessen schon damals dringende Pflasterungsarbeiten in wichtigen Verkehrsstraßen zurückgestellt werden.

Die Berggasse kann nur als eine verkehrsschwache Straße bezeichnet werden, für welche auch die Aufwendung eines Betrages von über 70.000 *K* nur für die Pflasterung allein ohne Kanalarbeiten nicht gerechtfertigt erscheinen würden.

Ein Umbau oder eine Reparatur der Straßenkanäle ist dermalen, wo ein Kanalisierungsplan in Ausarbeitung ist und über die einheitliche Führung des Kanales die technischen Grundlagen fehlen, ebenfalls untunlich.

Notwendige kleine Reparatursarbeiten werden zur Durchführung gebracht werden."

Herr G.-R. Kirchberger: „Ich möchte schon ersuchen, daß den Bewohnern der Berggasse weitgehendst entgegengekommen werde und wenigstens die schlechtesten Stellen zu verbessern. An einen gänzlichen Umbau kann heute selbstverständlich noch nicht gedacht werden, das werden die Hausbesitzer auch selbst einsehen. Es finden aber doch ab und zu Verbesserungen einzelner Straßen und Gassen statt und wolle daher bei nächster Gelegenheit auch die Berggasse einer solchen Verbesserung unterzogen werden."

Herr Bürgermeister: „Die Sektion beantragt ohnehin selbst diese Verbesserungen."

Herr G.-R. Haller: „Wegen der Berggasse möchte ich schon aufmerksam machen, daß der Aufgang zum Theater über den Schloßberg sich in einem halsbrecherischen Zustand befindet. Im Winter ist es gerade lebensgefährlich, diese Stelle zu passieren. Ich möchte bitten, daß der Berggasse mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird und zu bedenken, daß doch eine große Anzahl von Personen zur Nachtzeit das Theater besuchen und Anspruch darauf haben, den Weg dahin mit einiger Sicherheit für sich begehen zu können. Es ist höchst notwendig, daß ein ordentlicher Gehsteig vorgesehen und auch sonstige kleinere Verbesserungen raschestens durchgeführt werden."

Herr Bürgermeister: „Die Arbeiten zur Herstellung eines gepflasterten Gehsteiges werden in den nächsten 14 Tagen durchgeführt werden. Ich lasse über den Sektionsantrag abstimmen."

Der Antrag wird vom Gemeinderate angenommen.

14. Kostenvoranschlag für elektrische Deckenbeleuchtung im Rathaussaal und Turmuhrenbeleuchtung. 243

Herr Referent G.-R. Ing. Huber: „Es liegt uns nunmehr der Kostenvoranschlag für die Deckenbeleuchtung des Rathaussaales und der Turmuhr vor, welche Einführungen eine Kostensumme von 3017 *K* 25 *h* erfordern. Mit Rücksicht auf die Notwendigkeit derselben, welche sich durch den angekündigten Gasmangel herausstellt, beantragt die Sektion:

Der löbliche Gemeinderat beschließe die Durchführung vorstehender Arbeiten im Kostenbetrage von 3017 *K* 25 *h*."

Der Sektionsantrag wird angenommen.

15. Ansuchen der Brunnengemeinde Wieserfeld um Erhöhung des Kostenbeitrages zur Herstellung einer neuen Reservoireindeckung beim Auslaufbrunnen ebenda.

Herr Referent G.-R. Ing. Huber: „Die Brunnengemeinde Wieserfeld hat ein längeres Schreiben anher gerichtet. Derselben wurde seinerzeit zur Errichtung des Brunnens in Beton ein Beitrag von 500 *K* zugesichert. Damals konnte durch die Einrückung des Maurermeisters Hingerl die Durchführung nicht erfolgen und nun haben sich die Kosten bedeutend gesteigert, so daß mit diesem zugesicherten Beitrage ein Auslangen nicht gefunden werden könnte, da die Brunnengemeinde selbst über keine Mittel verfügt. Sie bittet daher, daß der Gemeinderat einer Erhöhung des Beitrages auf 1000 *K* zustimme.

Die Sektion stellt in Würdigung der angeführten Gesuchsgründe den Antrag: Der löbliche Gemeinderat beschließe in Würdigung der angeführten Gründe die Erhöhung der bereits bewilligten Subvention um weitere 500 *K*."

Herr G.-R. Kattner: „Ich bitte, diesen Antrag anzunehmen, da die Anlage nicht allein der Brunnengemeinde, sondern auch vorzüglich dem Schutze gegen Feuersgefahr zu dienen hat."

Herr G.-R. Haidenthaller: „Die Brunnengemeinde hatte vor zwei Jahren die Absicht, einen schönen Monumentalbrunnen zu errichten, wovon leider durch die bestehenden Verhältnisse Abstand genommen werden mußte. Nach Auskunft des Vorstandes der Brunnengemeinde werden sich die Arbeiten an diesem Brunnen auf mehr als 3000 *K* stellen. Die Brunnengemeinde selbst verfügt über keine Mittel und sind auch der größte Teil der daran interessierten Hausbesitzer nicht geradezu glänzend gestellt, um so hohe Kosten aufzubringen. Nachdem die Gemeinde verpflichtet ist, Wasser beizustellen, beantrage ich, die Brunnengemeinde dahin zu unterstützen, daß von der Gemeinde die Hälfte der Kosten, also 1500 *K*, getragen werden. Es ist dies mit Rücksicht auf die Wichtigkeit dieses Brunnens gewiß nicht zuviel."

Herr Bürgermeister: „Es liegt somit ein Gegenantrag des Herrn G.-R. Haidenthaller auf Erhöhung der im Sektionsantrage bestimmten Beisteuer vor."

Herr G.-R. Kirchberger: „Ich möchte namens der Finanzsektion erklären, daß dieselbe gegen die Erhöhung der Beitragsleistung keine Bedenken hat und den Antrag des Herrn G.-R. Haidenthaller unterstützt." 27172

Herr Bürgermeister: „Ich bringe den Gegenantrag des Herrn G.-R. Haidenthaller auf Erhöhung der bereits bewilligten Subvention um weitere 1000 *K* zur Abstimmung."

Der Gegenantrag wird einstimmig angenommen.

16. Ansuchen um Grundverpachtung. 26575

Herr Referent G.-R. Ing. Huber: „Von der „Wohnungsfürsorge" ist auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 24. April 1918, mit welchem die käufliche Ueberlassung der im Verbauungsplane mit IV und V verzeichneten Grundstücke der Parzelle 1408/1 im Ausmaße von 506 Quadratklaftern auf drei Jahre zugesichert wurde, das schriftliche Ansuchen eingelangt, ihr die pachtweise Ueberlassung der im Verbauungsplane bezeichneten Grundparzelle 1408/1 im Ausmaße von 506 Quadratklaftern bis auf jene Zeit zur Vergrößerung der Hausgärten zu bewilligen, wo die Errichtung von Häusern mit Kleinwohnungen wieder möglich sein wird.

Die Sektion stellt hiezu folgenden Antrag: Der löbliche Gemeinderat beschließe, an die Wohnungsfürsorge-Genossenschaft die Verpachtung der im Plane mit IV und V bezeichneten Teile der Grundparzelle Nr. 1408/1 im Ausmaße von 506 Quadrat-

klaftern zum Preise von 20 *K* pro Jahr auf die Dauer der Zusicherung für den Grundkauf."

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

17. Ansuchen um käufliche Ueberlassung des städtischen Hauses am Grünmarkt Nr. 24.

Herr Referent G.-R. Ing. Huber: „Nachdem beide vorliegenden Ansuchen zurückgezogen wurden, entfällt die Behandlung dieses Punktes."

Wird zur Kenntnis genommen.

IV. Sektion. Referent: Sektionsobmann-Stellvertreter Herr G.-R. Karl Wöhrer.

18. Ansuchen um Ueberlassung des Bürgerschulzeichensaales zur Abhaltung eines Vortrages.

Herr Referent G.-R. Wöhrer: „Die Sektion ist nach Beratung zu folgendem Sektionsantrage gekommen: Nachdem der Zeichensaal der Bürgerschule sehr stark in Anspruch genommen wird, sowie dessen Reinigung auf sehr große Schwierigkeiten stößt, so glaubt die Sektion, der löbliche Gemeinderat wolle dieses Ansuchen aus obigen Gründen ablehnen."

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate angenommen.

19. Ernennung eines Armenrates und Armenvaters für den VII. Bezirk bezw. für das XVI. Armenviertel.

Herr Referent G.-R. Wöhrer: „Zufolge Ablebens des Herrn Armenrates Peter Steinhuber ist die Bestellung eines Armenrates und Armenvaters vorzunehmen. Auf Grund des Beschlusses des Armenrates der Stadt stellt die Sektion den Antrag: Der löbliche Gemeinderat beschließe, den vom Armenrate vorgeschlagenen Herrn Karl Wöll, Kaufmann, Hausbesitzer in Steyr, Sierningerstraße, anstatt des verstorbenen Armenrates Herrn Peter Steinhuber als Armenrat und Armenvater für den VII. Bezirk bezw. für das XVI. Armenviertel zu ernennen bezw. zu bestellen."

Der Sektionsantrag wird angenommen.

20. Ansuchen um Ueberlassung eines Lehrzimmers zur Erteilung von Privatunterricht.

Herr Referent G.-R. Wöhrer: „Die Sektion beantragt: Der löbliche Gemeinderat wolle der Gesuchstellerin Franziska Schrey das Lehrzimmer wie im Vorjahre auf ein weiteres Jahr unter den gleichen Bedingungen weiter verleihen."

Der Sektionsantrag wird angenommen. 30224

21. Verleihung einer Franz und Katharina Amtmann'schen Dienstbotenpfründe.

Herr Referent G.-R. Wöhrer: „Der Sektionsantrag lautet: Der löbliche Gemeinderat beschließe, es sei der vom Armenrate vorgeschlagenen Anna Steinbichler, welche eine fünfzigjährige Dienstzeit nachweist, die Franz und Katharina Amtmann'sche Dienstbotenstiftung im Betrage von 100 *K* zu verleihen."

Der Sektionsantrag wird angenommen.

22. Verleihung der Jahresinteressen aus der Theresia Vogl-Stiftung. 33998

Herr Referent G.-R. Wöhrer: „Die Sektion beantragt: Der löbliche Gemeinderat wolle beschließen, die Interessen-Anteile der Theresia Vogl-Stiftung in Mindestteilbeträgen von 60 *K* an die vom Armenrate vorgeschlagenen Bewerber und Bewerberinnen, und zwar: Georg Wöhapp, Franziska Distelberger, Anna Faltin, Katharina Strohmayr, Josef Baloh, Anna Hoffmann, Antonia Danzmaier, Mathilde Pils, Leopold Landsiedl, Zäzilia Fisch, Johann Gebrand und Julianna Artmann, zu verleihen."

Der Sektionsantrag wird angenommen.

23. Verleihung der Rosenauerpfründen: 32416

Herr Referent G.-R. Wöhrer: „Die Sektion beantragt: Der löbliche Gemeinderat beschließe, an die vom Armenrate vorgeschlagenen Bewerber und Bewerberinnen, und zwar: Theresia Vögl, Elise Stelzlmaier, Barbara Michlmaier, Johann Danspeckgruber, Maria Pichler und Maria Nagenkögl je eine Rosenauerpfründe monatlicher 10 *K* zu verleihen und die restlichen zwei Pfründen neu auszuschreiben."

Der Sektionsantrag wird angenommen.

Herr Bürgermeister: „Somit sind wir am Schlusse der Tagesordnung des öffentlichen Teiles angelangt. Liegen sonstige Anfragen oder Anträge vor?"

Herr G.-R. Aigner: „In den gestrigen Tagesblättern ist die Kundmachung über die Freigabe der Kartoffel enthalten. Ich möchte mir an den Herrn Bürgermeister die Anfrage erlauben, wie sich die Kartoffelversorgung eigentlich nun gestalten wird. Die Gewerbetreibenden, sonstige Hausbesitzer, Beamte und Arbeiter werden durch die verfügte Freigabe der Kartoffel sehr verkürzt werden oder überhaupt keine Kartoffel bekommen Heute hamstert alles was Zeit und Geld genug hat, selbst die feinsten Herrschaften hamstern mit Hilfe der Autos, wo sollen dann die Gewerbetreibenden 2c. Kartoffel für den Winter hernehmen. Andererseits ist die Festsetzung eines Höchstpreises von 20 *h* pro *kg* so beschaffen, daß man bei Einhaltung desselben sicher ist, auch wenn man Zeit hätte, keine Kartoffel zu bekommen und ist es nicht Wunder zu nehmen, wenn sich die Bauern weigern, zu diesem Preise Kartoffel abzugeben, wenn man bedenkt, daß heute die Erzeugungskosten bedeutend gestiegen sind. Ich kann eine solche Festsetzung von Höchstpreisen nicht verstehen. Die Bauern antworten auch dementsprechend und sagen, da geben wir die Kartoffel lieber den Schweinen. Ganz merkwürdig ist aber das Verlangen, daß Bezugsscheine mit 2 *K* gestempelt werden müssen; ein ähnlicher Vorgang ist auch beim Ersatztabak zu verzeichnen; der Verkauf wurde den Leuten weggenommen, der Staat wies die Abgabe den Trafiken zu und belegte die Abgabe mit einem 6 *h*-Stempel. Das sind Ungerechtigkeiten, die ganz und gar nicht am Platze sind. Ich möchte auch noch auf die Protestversammlung in der Bierquelle zurückkommen. Dort wurde eigentlich nicht das Richtige zum Ausdrucke gebracht. Ein Teil der Bevölkerung hatte gar keine Gelegenheit, dort das Wort zu ergreifen; das war der Gewerbestand. Es waren bereits vorher die Redner bestimmt. Es hätte zum Ausdrucke kommen sollen, auf welchen Weg sich der Herr Ernährungsminister, welcher doch auch nur an die durch die Karten gebundene Lebensmittelmenge gebunden ist, sich anderweitig Lebensmittel beschafft. Die Herren Minister können doch auch nicht mit den zugewiesenen Lebensmitteln ausreichen. Man hört aber nie, daß solche Herren beim Hamstern erwischt wurden oder wegen Hamsterei gestraft wurden, während man von kleinen Leuten wiederholt hören konnte, daß über sie wegen Hamstern von kleinen Lebensmittelmengen Strafen von 25 *K* und mehr verhängt wurden. Es wäre daher interessant zu erfahren, auf welche Weise sich diese Herrschaften ihre Lebensmittel beschaffen.

Ich ersuche den Herrn Bürgermeister, uns Aufklärung geben zu wollen, wie sich die Kartoffelversorgung eigentlich stellen wird."

Herr Bürgermeister: „Hierauf erlaube ich mir unter Bezug auf meinen eingangs der Sitzung vorgebrachten Bericht zu bemerken, daß ich mich sofort bei Bekanntwerden der beabsichtigten Freigabe der Kartoffel an die Statthalterei gewendet habe und der Befürchtung der Unmöglichkeit der Aufbringung der Kartoffel Ausdruck gebend, die Beschlagnahme von Kartoffel für die Stadt verlangt habe. Durch die verfügte Freigabe ist es klar, daß ein Teil von Haushalten, deren Mitglieder keine Zeit haben und auch nicht über das nötige Geld verfügen, kaum versorgt werden können, während andere Haushalte, denen Zeit und Geld zur Verfügung steht, sich in ungerechter Weise wahrscheinlich mehr als den gewöhnlichen Bedarf sichern werden. Diese unselige Freigabe gibt mehrfache Bedenken. Selbst manche, die Zeit und Geld haben, sich Kartoffel anzukaufen, werden wieder keine Einlagerungsmöglichkeit haben, so daß die Gefahr der Verderbnis nahe liegt. Ich weiß, daß die Statthalterei dieselben Anschauungen vertrat und sich lebhaft gegen die Freigabe wehrte. Die Freigabe der Kartoffel durch das Ministerium scheint aber auf folgende Ursache zurückzuführen sein. Wie die Herren wissen, hat im Vorjahre bei uns die Kartoffelversorgung sehr gut geklappt. Es haben sich auch alle Leute, die sich Kartoffel mangels Räume nicht selbst einlagern konnten, durch die städtische Einlagerung ihren Bedarf sichern können. Wir sind sogar etwas über den Bedarf hinausgekommen, so daß eine Beteilung mit Kartoffeln bis in das späte Frühjahr hinaus möglich war. Es war dies für die Stadtgemeinde eine wahre Freude.

In Wien hat nun die Verteilung in keiner Weise geklappt und muß nun die Regierung dem Drängen der Großstadt auf Freigabe der Kartoffel zur Selbstversorgung nachgeben. Man kann aber überzeugt sein, daß die Kartoffelfreigabe zu demselben mißlichen Ergebnisse führen wird, wie die Eierfreigabe im Jahre 1917. Mangels jeder Ueberwachung über die Einhaltung der Preise werden sich dieselben Ueberbietungen ergeben, wie bei den Eiern. Ich bin der Statthalterei fortwährend in den Ohren gelegen, damit wenigstens diesen Leuten, die sich gar nichts beschaffen können, etwas gesichert werde. Die schlimmsten Befürchtungen hege ich gewiß selbst."

Herr G.-R. Kattner: „Ich kann die Worte des Herrn Bürgermeisters nur bestätigen und Ihnen mitteilen, daß ich mich schon vor 14 Tagen bei den Bauern um Kartoffel für die Stadt umgesehen habe, von den Bauern aber zur Antwort bekam, sie geben die Kartoffel lieber den Schweinen, als sie um 20 *h* per Kilogramm zu verkaufen. Es ist aber auch zwischen der Preisfestsetzung der Frühkartoffel und jener der Spätkartoffel ein zu großer Unterschied. Ich bin überzeugt, daß wir einer Katastrophe entgegengehen."

Herr G.-R. Huber: „Auch ich bin überzeugt, daß wir einer Katastrophe entgegengehen und nichts anderes übrig bleiben wird, als zur Selbsthilfe zu greifen, und zwar in der Weise, daß sich die Gemeinde mit Einkäufer in Verbindung setzt. Was jeden Einzelnen erlaubt ist, muß auch für eine Gemeinde als solche erlaubt sein. Mit unseren Verkehrsmitteln könnte sich die Gemeinde schon die entsprechende Menge zuführen und sicherstellen. Ich bitte daher, daß sich der städt. Wirtschaftsrat raschestens mit dieser Angelegenheit befaßt."

Herr G.-R. Kattner: „Die Worte sind sehr schön; wir fahren alle Tage, wenn es sein muß mit dem Auto hinaus, aber es handelt sich um den Preis von 20 *h* per Kilogramm, um den wir keine Kartoffel erhalten können."

Herr G.-R. Schwertfelner: „Ich bin überzeugt, daß in Sierning das Militär die Kartoffel weit über den Höchstpreis aufkauft." (Herr G.-R. Schwertfelner konnte wegen Unruhe schwer verstanden werden.)

Herr G.-R. Kirchberger: „Ich möchte in öffentlicher Sitzung hier aufmerksam machen, daß das Militär überall frei herumgeht und Einkäufe aller Artikel besorgt. Ich möchte den Herrn Bürgermeister fragen, ob es dem Militär erlaubt und dasselbe berechtigt ist, der Bevölkerung alles wegzukaufen und dabei Preise zu bieten und zu zahlen, denen die übrige Bevölkerung nicht mehr nachkommen kann. Das Militär muß doch vom Aerar versorgt werden."

Herr Bürgermeister: „Ueber die militärischen Aufkäufe werden vielfach Klagen geführt und war auch in der

Bezirkshauptmann-Konferenz dieser Aufkauf Gegenstand der Klage. Zweifellos hat das Militär, wenn es keinen Einkaufsschein besitzt, nicht das Recht einzukaufen; nur ganz bestimmten Stellen steht dieses Recht zu. Es läßt sich aber leider nicht überwachen, wer berechtigte und und unberechtigte Aufkäufe vornimmt, da müßte man zu jedem Bauernhof einen Gendarmen stellen. Es ist bedauerlich, daß das für uns wichtige Versorgungsgebiet Sierning fast zur Gänze vom Militär in Anspruch genommen wird. Ich werde jedoch diesbezüglich beim Stationskommando vorstellig werden."

Herr G.-R. Huber: „Ich ersuche nochmals, daß sich der städt. Wirtschaftsrat mit dem Einkaufe für die Stadt beschäftige, bezw. hierüber Beratungen pflege."

Herr Bürgermeister: „Es ist dabei zu bedenken, daß die Gemeinde nicht über den Höchstpreis kaufen darf."

Herr G.-R. Haidenthaller: „Die Festsetzung eines Höchstpreises von 20 *h* für das Kilogramm ist aber tatsächlich ganz unverständlich; man weiß doch, daß gerade die Kartoffel sehr viel Arbeit brauchen und daher dieser Preis zu den Erzeugungskosten in keinem Verhältnisse steht."

Herr G.-R. Wöhrer: „Wir haben uns auch an die Gutsbesitzung Achleiten gewendet, bisher aber noch keine Antwort erhalten."

Herr G.-R. Dunkl: „Herr G.-R. Huber hat von Selbsthilfe gesprochen. Die tschechische Bevölkerung hilft sich tatsächlich durch einen Einkauf laut einer Zeitungsnotiz dadurch, daß sie durch eine Einkaufsgenossenschaft den Bedarf des Landes sichert. Warum soll dies in Steyr nicht auch möglich sein. Durch eine Organisation der Bürger und Arbeiterschaft könnte der Eigenbedarf ganz gut durch gemeinsamen Aufkauf gedeckt werden."

Herr Bürgermeister: „Unsere Bauern sind gar nicht in der Lage, Getreide an Einkäufer abzugeben, weil sie alles dem Staate abliefern müssen; bei den tschechischen Bauern wird dies eben unter Duldung der Bezirkshauptmannschaften möglich sein. Wegen der Kartoffeleinkäufe kommt man jedoch über die Bestimmung des Höchstpreises nicht hinüber."

Herr G.-R. Kattner: „Ich möchte ersuchen, daß vor Eintritt des Winters der Weg auf den Dachsberg hergerichtet wird. Die Herren der Bausektion haben bei der letzten Kommission gesehen, in welch' argem Zustand sich der Weg befindet."

Herr Bürgermeister: „Ueber diese Verbesserung haben wir bereits in der III. Sektion gesprochen. Es wird auch die Petroleumbeleuchtung gegen elektrische Beleuchtung ausgewechselt werden, nur sind uns die Kostenvoranschläge noch nicht zugekommen."

Herr G.-R. Kattner: „Ich möchte ferner auf ein unwahres Gerücht, das in Steyr zirkuliert, zurückkommen, nach welchem 7000 der Stadtgemeinde verdorbene Eier in die Enns geworfen wurden. In letzter Zeit wurde sogar behauptet, es seien 60.000 Stück gewesen. Ich kann versichern, daß nicht ein einziges Ei weggeworfen werden mußte; wir haben von den 353.400 Eiern 27.031 Eier ausgegeben, so daß noch 326.369 Eier in Einlagerung bis heute verbleiben. Ich habe in den Ausgabestellen Auftrag gegeben, sogleich Meldung zu machen, wenn diesbezüglich Beobachtungen gemacht werden. Bis jetzt sind uns aber noch keine Klagen über verdorbene Eier zugekommen. Diese böswilligen Gerüchte müssen daher energisch zurückgewiesen werden."

Herr Bürgermeister: „Das Ausstreuen solcher böswilliger Gerüchte ist sehr bedauerlich; übrigens erfreute sich die Gemeinde mehrmals schon solcher Nachreden. Als im vorigen Jahre am Stadtplatze eine große Menge Wruken im verfaulten Zustande weggeschafft wurden, hieß es sogleich: der Stadtgemeinde ist soviel verdorben. Ich kann hier ruhig und mit gutem Gewissen sagen, daß wir ein strenges Auge darauf haben, daß nichts dem Verderben preisgegeben wird und ist auch nie etwas vorgekommen. Ich verweise auf die vorjährige Kartoffelversorgung. Das gute Halten der Kartoffel bis in das Frühjahr hat bewiesen, daß unsere Einlagerungen vorteilhaft und sachgemäß vorgenommen wurden und haben diese stets unter Aufsicht von Fachleuten, die wir in erster Linie bei Einlagerungen zu Rate ziehen, stattgefunden. So haben bei den Eiern die Herren G.-R. Kattner und Schwertfelner und bei den Kartoffeln und Gemüse Herr G.-R. Wöhrer in fachmännischer Weise mitgewirkt. Ich muß mich daher auch im Namen der vorgenannten Herren ernergisch dagegen wehren und verwahren, daß die Gemeinde schlecht wirtschaftet."

Herr G.-R. Kirchberger: „Ich möchte heute wieder wie in früheren Sitzungen auf den Umstand verweisen, daß für das Krankenhaus noch immer nicht die entsprechenden Kohlen für den Winter vorgesorgt sind und bitte die Beschaffung nunmehr mit allem Nachdruck in Angriff zu nehmen. Es geht nicht an, das Krankenhaus, in welchem, wie dessen Name schon besagt, kranke Leute untergebracht sind, den Winter über frieren müssen, ja es könnte die Gemeinde für die Vereitlung der Gesundung haftpflichtig gemacht werden. Ich muß mich heute besonders um die Beschaffung der Kohlen annehmen, als mir heute auch durch die Bestellung zum Direktor des Krankenhauses besondere Pflichten auferlegt wurden."

Herr Bürgermeister: „Hierauf erlaube ich mir zu erwidern, daß das Krankenhaus immer jenes Haus war, für dessen Versorgung das größte Augenmerk aufgewendet wurde. Ich werde daher neuerliche energische Schritte in dieser Richtung unternehmen. Ich habe auch in der Konferenz der Bezirkshauptmänner in Linz darauf verwiesen. Leider sind die Aussichten sehr schlechte. Wir haben in letzter Zeit, um das Krankenhaus versorgen zu können, den Schulen wieder Kohlen weggenommen."

Herr G.-R. Tribrunner: „Ich möchte fragen, wann die Eröffnung der Schule auf der Ennsleiten stattfinden wird, mich interessiert dies wegen der dadurch vorzunehmenden Einschulungen."

Herr Bürgermeister: „Die Eröffnung ist mit 1. Dezember l. J. geplant und wird die Umschulung so erfolgen, daß ein gewisser regelmäßiger Zug erfolgen wird, um eine überflüssige Umschulung zu vermeiden."

Herr G.-R. Aigner: Zu den Ausführungen wegen der Kohlennot im Krankenhause möchte ich darauf verweisen, daß es für die Regierung schöner wäre, wenn sie diesem die Kohlen anstatt den großen Aktiengesellschaften für ihre Brennereien zur Verfügung stellten. Welche Mengen Kohlen müssen diese ungarischen Aktiengesellschaften erhalten haben, um heute 100 Waggon Zwetschkenschlamm anbieten zu können?"

Herr G.-R. Huber: „Wir werden wohl Frieden schließen müssen, wenn die Wirtschaft so weiter geht."

Herr G.-R. Kirchberger: „Ich möchte Herrn Bürgermeister bitten, daß für die Zufahrt zum Krankenhause elektrische Lampen angeschafft werden. Auch die Lampe beim Leitnerberg wäre in Stand zu setzen, da die dort befindliche Stiege, welche stark frequentiert wird, stets im Finstern liegt. Die Ein- und Ausschaltung könnte durch das Elektrizitätswerk leicht bewerkstelligt werden."

Herr Bürgermeister: „Ich werde die nötigen Erhebungen pflegen lassen und nach Tunlichkeit die Anbringung der Lampen veranlassen."

Herr G.-R. Mitter: „Auch in der Kirchengasse und Sierningerstraße ist die Beleuchtung eine sehr mangelhafte."

Herr Bürgermeister: „Die Beleuchtungen werden durch den Umbau des Netzes gewiß besser werden. Was die Gasbeleuchtungen anbelangt, so sind zufolge Statthaltereierlasses die heute bestehenden Beschränkungen auferlegt, gegen die sich nichts machen läßt. Wenn einmal der Umbau des Netzes des Elektrizitätswerkes vollendet ist, wird eine Behebung dieser Mängel gewiß erfolgen.

Wünscht noch einer der Herren im öffentlichen Teile der Sitzung das Wort? Es ist nicht der Fall.

Ich erkläre hiemit die Sitzung für vertraulich."

Schluß der öffentlichen Sitzung 5 Uhr nachmittags.

Der Vorsitzende:

Die Beglaubiger:

Der Schriftführer:

A N H A N G

zum R A T S - P R O T O K O L L E über die vertrauliche Sitzung des Gemeinderates der l.f.Stadt Steyr, am 2.Okt.1918. Beginn 5 Uhr nachm.

Punkt I. Personalansuchen.

a) Herr Referent G.R.Dr.Harant: „Es liegt uns eine Zuschrift des Herrn Stadtamtsrates Dr.Habl um Vergütung der ihm durch die Übersiedlung seiner Familie erwachsenen Unkosten im Betrage von 1210 K vor. Herr Stadtamtsrat Dr.Habl führt darin aus, dass er durch die in Steyr herrschende Wohnungsnot, auf die er zwar vor Antritt seines Dienstes aufmerksam gemacht worden war, erst jetzt nach Ablauf eines Jahres, auf welche lange Dauer jedoch nicht gerechnet werden konnte, in der Lage war, den bisher doppelt geführten und dadurch verteuerten Haushalt durch die dauernde Übersiedlung seiner Familie zu beheben und dass der Staat jenen Beamten, die ausserhalb des Wohnsitzes ihrer Familie eine besondere Vergütung leistet. Laut der vorgelegten Rechnung der Spedition Flenkenthaller sind 1210 K Kosten erwachsen, um deren Ersatz Herr Stadtamtsrat Dr.Habl bittet.

Die Sektion stellt den Antrag: Der Gemeinderat beschliesse, in Würdigung der geltend gemachten Gründe die Berichtigung der Übersiedlungskosten im Ausmasse der beiliegenden Rechnung per 1210 K zu übernehmen.

Der Herr Vorsitzende lässt über den Sektionsantrag abstimmen und wird derselbe einstimmig vom Gemeinderate angenommen. -

b) Ansuchen des Herrn Primarius Dr.Oser um definitive Anstellung.

Herr Referent G.R.Dr.Harant: Herr Dr.Oser hat ein Ansuchen um seine definitive Anstellung eingebracht, nachdem das ihm auferlegte Probejahr verflossen ist. Die Tätigkeit des Herrn Primarius Dr.Oser, welcher sich eines ausgezeichneten Rufes erfreut, veranlasst die Sektion zum Antrage: Der Gemeinderat beschliesse, Herrn Primarius Dr.Erich Oser nach abgelaufenen Probejahre mit 24.Juli 1918 definitiv zu bestellen.

Der Sektionsantrag wird einhellig angenommen.

e) Antrag auf Pesnionierung des städt.Polizei-Wachführers Johann Watzinger.

Herr Referent G.R.Dr.Harant: Der städt.Polizei-Wachführer Johann Watzinger ist seit 18.Juli 1917 durch Krankheit ununterbrochen dienstunfähig.Laut vorgenommener ärztlicher Untersuchung kann nicht angenommen werden,dass derselbe die zum Aussendienste bei der Sicherheitswache notwendige körperliche Eignung wieder erlangen wird. Gemäss § 80,Abs.2 der Dienstpragmatik vom 25.Jänner 1914 R G.Bl.No.15 kann ein Beamter- und diese Bestimmungen gelten auch für die Sicherheitswache- dann in den dauernden Ruhestand versetzt werden,wenn er bleibend unfähig ist,seinen Dienstposten ordnungsmässig zu versehen. Mit Rücksicht auf diese Bestimmungen empfiehlt es sich den städt.Polizei-Wachführer Johann Watzinger in den dauernden Ruhestand zu versetzen,zumal derselbe mit 4.Jänner 1918 sein dreissigstes Dienstjahr vollendet hat und den Anspruch auf den vollen Ruhegenuss besitzt. Es wäre dadurch auch die Möglichkeit geboten,eine junge Kraft aufzunehmen,wodurch auch dem derzeit geringen Stand der Wache vorteilhaft aufgeholfen werden könnte. Der Ruhegenuss würde betragen: bisheriger Gehalt 1600 K, 20 % hievon an anrechenbarer Aktivitätszulage 320 K,einrechenbare Dienstalterszulagen 600 K,zusammen sohin 2500 K .Die Sektion beantragt: Es wolle der löbl.Gemeinderat beschließen,dem Wacheführer Johann Watzinger in den dauernden Ruhestand zu versetzen und ihm die vom Amte angegebenen Ruhestandsbezüge anzuweisen. Um den Stand der Wache zu ergänzen, sei die Stelle eines Sicherheitswachmannes ungesäumt auszuschreiben.

Der Sektionsantrag wird vom Gemeinderate einhellig angenommen.

Punkt II. Ansuchen um Aufnahme in den Gemeindeverband:
In den Gemeindeverband der l.f.Stadt Steyr werden nachste-

hende Parteien aufgenommen:

Georg Leidinger samt Frau und 1 Kind.	Zl.23750.
Amalia Flick	Zl.23773
Leopold Lindner samt Frau und 3 Kinder	Zl.23707
Alois Kern samt Frau und 1 Kind	Zl.13940
Johann Angermayr,samt Frau	Zl.20064
Franz Wieser,samt Frau 7 Kinder	Zl.21372
Franz Schimpl,samt Frau u.3 Kinder	Zl.41197/17
Johann Tischler samt Frau und 3 Kinder	Zl.28160
Johann Bramer samt Frau	Zl.8100
Raimund Stanischa	Zl.10638
Johann Würzlhuber samt 3 Kinder	Zl.26515
Michael Hager samt Frau u.9 Kindern	Zl.20986
Josef Hochreiner samt Frau u.2 Kindern	Zl.1679
Aloisia Staudinger	Zl.23069

Die Kinder der Vorgenannten Josef,Rudolf,Anna und Albine wurde vom Geneinderate freiwillig in den Heimatsverband ohne Präjudiz für den noch vorhandenen mj.Alois (1896 geb.) aufgenommen.

Hierauf wird die vertrauliche Sitzung um 5 Uhr 20 Min.nachm. geschlossen.

Der Vorsitzende:

Die Beglaubiger:

Der Schriftführer: